

"Arbeitsplätze von unten" - eine menschenrechtsgemäße Grundsicherung und selbstermächtigende Arbeitsplätze

Ausgangssituation

- Die Agenda 2012 und ihre Folge Gesetze haben allein repressiv-disziplinierenden Charakter.
- Die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in Deutschland ist Ausdruck interessierter Unverantwortlichkeit: keine innovativen Ansätze erkennbar; einsilbiger Diskurs von oben
- 12-13 Mio. betroffene Menschen (Erwerbslose, Niedriglöhner_innen, Aufstocker_innen, Alte, Migrant_innen, Asylsuchende, Junge) sind disziplinierendem, undemokratischen System ausgeliefert.
- massive Repression: über 1 Mio. Sanktionen wurden im Bereich des SGB II nur von Januar bis Oktober 2012 verhängt.
- Der Rückgriff auf die herkömmliche Sozialpolitik und „Sozialstaat alten Typs“ nicht sinnvoll, weil sie durch Diskriminierung und durch bürokratische Verfahren gekennzeichnet sind.

=> Zeit für einen neuen Ansatz als Chance für eine andere Sozial- und Arbeitsmarkt und Gesellschaftspolitik

Ansatzpunkte

1. Menschenrechtsgemäße Grundsicherung

- repressionsfreie Grundsicherung als Zwischenschritt zu einem bedingungslosen Grundeinkommen
- Sockelbetrag von rund 1.000 Euro inklusive aller Zulagen pro Person (jährliche Gesamtkosten 60 Mrd. Euro)
- Fonds der Grundsicherung mit basisdemokratischer Prägung: lokal im Stadtteil verwaltet; niedriger Verwaltungsaufwand; nicht diskriminierender Charakter der Mittelvergabe; einfache Antragstellung; Willens- und Entscheidungsprozesse von unten nach oben;

=> Grundsicherung ohne Angst schafft Voraussetzung für demokratische Teilnahme

2. Selbstermächtigende Arbeitsplätze schaffen

- ermutigender Ansatz: Erwerbslose bestimmen selbst über ihre Erwerbstätigkeit in Inhalt und Form – und nicht ein unberechenbarer Markt oder die züchtigende Arbeitsbürokratie. Ein großes Spektrum von attraktiven Arbeitsbereichen: Betreuung von Alten, Schüler_innen, Behinderten und Kindern, Fußball-Fanclub-Begleitung, Recherche in Forschungsprojekten, Festivalhelfer, Ökologieassistenten, Lehrerassistenten, Quartiersmanagerin, Bürgeraktivist_innen und Demokratielotsen, Bürgerrechtler_innen und Energieberater_innen, Alternativgärtnern und Gruppenleiter_innen gegen Männergewalt, Assistenz für Kinder- und Jugendrechte etc.
- Charakter der neuen Arbeitsplätze: mit Arbeitsvertrag, Auflösung der üblichen Entgeltdifferenzen zw. Lohn- und Gehaltsgruppen, menschenwürdige Arbeitsbedingungen, Recht auf Aus- und Weiterbildung, freiwillige Vereinbarung zwischen Arbeitgeber_innen und Arbeitnehmer_innen

Stufen der selbstorganisierten Arbeitsplätze

1. Erwerbslose probieren bei vollem Gehalt für drei Monate einen Arbeitsplatz aus. Sie erhalten einen Qualifikationszuschuss für Beratungsagenturen (= lokale repressionsfreie „Joblotsen“), die im Konsens von "Arbeitgeber_in" und "Arbeitnehmer_in" Vorschläge über die Zukunft des Arbeitsplatzes, Qualifikationserfordernisse und die Art der Fortbildung machen.
2. Auf drei Jahre begrenzt werden in der ersten Etappe öffentliche Mittel zur Verfügung gestellt, um in den Beruf einzusteigen -> Soziale Infrastruktur der Kommunen profitiert; Arbeitsplätze auch in der privaten Wirtschaft möglich, aber Mittel- und Großunternehmen sind auszuschließen. Die Übergänge zwischen herkömmlicher Erwerbsarbeit, ehrenamtlicher Arbeit aller Art, politische Aktivitäten eingeschlossen, sollten flexibel gehandhabt werden.

Kosten: kein kleinteiliges Modellprojekt, sondern wenigstens 1-2 Mio. beteiligte Erwerbslose. Bei Verdiensten von im Durchschnitt Grundsicherung plus 5.000 Euro im Jahr => 5-10 Mrd. Euro jährlich; fast 40 % der Ausgaben gehen durch Steuern, Sozialbeiträge, Mehrwertsteuern u.a. wieder in irgendeiner Form an die öffentlichen Haushalte zurück.

3. Neue Arbeitsfairteilung als Arbeitszeitverkürzung (30-stündige Vollzeit)

- Notwendigkeit, das vorhandene Arbeitsvolumen neu zu verteilen, so dass möglichst viele Menschen zusätzlich einen Arbeitsplatz finden können -> Arbeitszeitkürzungen: eine staatlich flankierte Verkürzung der Wochen- und Tagesarbeitszeit; die Förderung freiwilliger Teilzeitarbeit; die besondere Förderung von Teilzeit für junge Paare; Vorruhestandsregelung; Einstellungskorridore für die jüngere Generation. Und vor allem: eine kurze Vollzeit über flexible 30 Stunden.
- Tarifverträge neuen Typs = das Finanzvolumen von 0,5 % der jeweiligen Tarifangebote (2-4 %) in neue Arbeitsplätze unterschiedlichen Typs umzuwandeln. Für den öffentlichen und privaten Sektor könnten auf diese Weise jährlich 300-600.000 neue Arbeitsplätze in Teilzeit oder Vollzeit gewonnen werden.
- geschlechterdemokratisches, antipatriarchales Ziel: Familienpolitik muss vor allem für junge Paare mit Kind(ern) geschlechterdemokratisch balancierbar sein und Männer sollten darin einen Machtverlust als Lebensgewinn erfahren.

4. Kommunalbegünstigende Steuerreform für Bürgerkommunen

- Notwendigkeit eines eigenen kommunalen Rechts, eigene Einkommenssteuern zu erheben.
- Prozess der Mittelvergabe ist öffentlich zu gestalten (Bürgerhaushalte).

5. Konsequenzen

- Tafeln und Suppenküchen würden weitgehend nicht notwendig und lediglich zur Notfallversorgung nötig.
- Die Bundesagentur für Arbeit mit ihrer Misstrauens- und Machtlogik würde weitgehend überflüssig. Als Aufgaben bliebe ihr die förmliche Prüfung der neuen Arbeitsverträge. Der mittelfristige Einspareffekt könnte bei jährlich 20 Mrd. Euro liegen.